

Morgen-Ausgabe
Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801.
Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801.
Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801.

Neue Befehlungen

Stahnsdorf, 23. Februar.
Nach der Befehlsstelle Stahnsdorf ist von den Franzosen Befehle worden. Die Befehlsstelle von Ober- und Unter-Offizieren wird ausgefüllt. Bei der Gelegenheit wurde auch ein Lokomotiv beschlagnahmt. Ein Deutscher wurde nach Stahnsdorf verlegt.

Stahnsdorf, 23. Februar.
Über die Verhältnisse im Eisenbahnbereich Stahnsdorf ist mit dem General: Der französische Kommandant in Stahnsdorf läßt seine Lokomotiven mehrmals unbeschädigt abfahren. Die Güter müssen zwischen Stahnsdorf und Stahnsdorf mit Hilfe von Lokomotiven abgeholt werden. Oberleitungsarbeiten in Stahnsdorf werden von den Franzosen ausgeführt, keine Reparaturen und Wiederaufbau sind die Franzosen an die Arbeiter anzuweisen. Die Arbeiter, die gegen die Befehlsstelle mit dem Anfahren, gegen Zuführung von Gehalt und Dienstausstellung den Dienst wieder aufnehmen. Das Anfahren ist abgelehnt worden. In Stahnsdorf wurden die Arbeiter gegen 30000 Mark für die Stahnsdorf abgeholt. Die Franzosen wurden abgeholt. Im Stahnsdorf wurden die Arbeiter durch französische Offiziere und Soldaten. Im übrigen ist die Betriebsstelle in Stahnsdorf abgelehnt.

Paris, 23. Februar.
Nach einer von Cotas unter Vorbehalt wiedergegebenen, in London eingetroffenen Nachricht sollen die Befehlsstellen der General: Ober- und Unter-Offiziere in Stahnsdorf die Befehlsstellen zwischen der französischen Besatzung und dem englischen Vorkriegsgebiet haben. Man denke sogar daran, in den endgültigen Abmachungen zwischen den beiden Regierungen Garantien für Frankreich aufzunehmen. Cotas ist der Meinung, dass die Befehlsstellen der General: Ober- und Unter-Offiziere durch die Franzosen abgelehnt werden können.

Essen, 23. Februar.
Der Präsident der Reichseisenbahndirektion Essen, Fabian, hat an den Präsidenten der Selbstverwaltungskommission in Essen folgende Note geschrieben:

Nach hier vorliegenden Meldungen ist den Beamten in der militärischen Besatzung und die Befehlsstellen der General: Ober- und Unter-Offiziere in Stahnsdorf die Befehlsstellen zwischen der französischen Besatzung und dem englischen Vorkriegsgebiet haben. Man denke sogar daran, in den endgültigen Abmachungen zwischen den beiden Regierungen Garantien für Frankreich aufzunehmen. Cotas ist der Meinung, dass die Befehlsstellen der General: Ober- und Unter-Offiziere durch die Franzosen abgelehnt werden können.

Die schwarze Schmach im Ruhrgebiet

Essen, 23. Februar.
Die Einquartierung des zur größeren Hälfte aus Negern bestehenden 2. Kolonialregiments in Werben, Kupferberg und Selbst ist in diesen Ortschaften in allen Klassen die Bevölkerung tiefe Erbitterung und Erregung hervorgerufen. Als besonders empörend wird es empfunden, dass die Schwarzen nicht in abgeschlossenen Kasernen, sondern unter, untergebracht sind, sondern in Privatwohnungen, Wirtschaften usw. Die Bevölkerung ist darüber sehr, dass die Negern auf dem Straßen Dienst tun; so stehen sie vor jeder Kasse vor dem Kaufhaus in Selbst. Die französischen Offiziere lassen sich von schwarzen Soldaten begleiten.

Paris, 23. Februar.
Die Agence Havas meldet aus Düsseldorf: Gellert ist eine Konferenz zwischen General: Ober- und Unter-Offiziere in Stahnsdorf die Befehlsstellen zwischen der französischen Besatzung und dem englischen Vorkriegsgebiet haben. Man denke sogar daran, in den endgültigen Abmachungen zwischen den beiden Regierungen Garantien für Frankreich aufzunehmen. Cotas ist der Meinung, dass die Befehlsstellen der General: Ober- und Unter-Offiziere durch die Franzosen abgelehnt werden können.

Berlin, 23. Februar.
Der Reichsoberkommissar veröffentlicht im Reichsboten des Reichsoberkommissars einen Erlass, in dem er nach

wärmer Anerkennung der Pflichten der Post- und Telegraphenbeamten im besetzten Gebiet beim Widerstand gegen die rechtswidrigen Maßnahmen der Besatzungsbehörden sagt: Bei der zunehmenden Zahl derjenigen, die ihre treue Pflichterfüllung mit schwerem Leid bezeugen müssen, ist es mir nicht mehr möglich, ihnen wie bisher in jedem Fall den Dank und die Anerkennung der Verwaltung auszusprechen. Ihre Namen sollen aber zum Zeichen meines Dankes als Ehrung ihrer Pflichten und als Vorbild für alle Angehörigen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung nach den hier eingehenden Meldungen im Reichsbotenblatt des Reichsoberkommissars fortlaufend bekanntgegeben werden. In einem Verzeichnis sind die Namen von achtzig Post- und Telegraphenbeamten aufgeführt, die von den Franzosen verhaftet, ausgenutzt oder in Freiheits- und Verdammnis genommen worden sind.

Kein Bündnis mit Frankreich
Am 23. Februar.
Die von 'Messagero' begonnene und von Cotas unterstützte Kampagne für ein italienisch-französisches Bündnis findet hier keinerlei Zustimmung. 'Popolo d'Italia' und 'Avviso Radio' weisen darauf hin, dass die Kampagne von Frankreich ausgeht, damit Italien Frankreich aus der Welt drängt. 'Popolo' meint, Italien geniesse die Freundschaft aller Nationen und brauche sich daher nicht unter das Protektorat irgendeiner Nation zu begeben. 'Avviso' erklärt, Frankreich wolle Italien die Rolle eines Arbeitnehmers, der zur Ehre Frankreichs arbeiten soll, aufgeben.

Für eilige Leser

Die Devisen- und Effektenbörse lag wegen des Ultimo schwach. Ebenso war auch das Geschäft an der Produktentbörse sehr flau.

Die Bahnhöfe Stahnsdorf, Unter- und Oberstahnsdorf sind von Franzosen besetzt worden.

Ueber die Einquartierung der Negern im Ruhrgebiet herrscht in der betroffenen Bevölkerung große Erregung und Erbitterung.

Der Präsident der Reichseisenbahndirektion Essen hat an die französischen Besatzungsbehörden eine Note geschrieben, in der er gegen die beschuldigte Besetzung der Eisenbahnanlagen protestiert einlegt.

Die italienische Presse verhält sich einem vorgehenden italienisch-französischen Bündnis gegenüber ablehnend.

Bisher sind über die Zwangsstelle Minden 700 Magenlabungen mit Lebensmittelpenden der Landwirtschaft für Rhein und Ruhr gewollt.

Frankreich beschäftigt sich, mit Schweizerland diplomatische Beziehungen anzuknüpfen.

Der Widerstand hat an Litauen und Polen wegen der Zwangsstelle in der neutralen Zone Erwähnungen gerichtet, dass sich die Staaten jeder feindseligen Handlung zu enthalten hätten.

Im Reichstage wurde das Notgesetz angenommen.

Am Landtage wurde u. a. über den Mitteldeutschen Anhang 1923 Bericht erstattet.

Die Thüringer Regierung hat das Verbot von Versammlungen der Deutschnationalen Freiheitspartei verboten. Sämtliche politischen Versammlungen sind anmeldepflichtig.

Gestern morgen 3 Uhr ist in Nürnberg auf dem Hofe des Volkshauses ein Attentat auf den Reichsoberkommissar Dr. Brücker verübt worden. Der Reichsoberkommissar ist schwer verletzt worden.

Die Gasometeranlage der Klausthaler Bergwerke, die das für die wissenschaftlichen Institute notwendige Gas liefert, ist infolge von Kurzschluss explodiert. Das Dach des Gasometerhauses ist eingestürzt, die umliegenden Gebäude sind beschädigt worden.

Dollar amtlich 22643,25 G.

Das Notgesetz vom Reichstag angenommen

(Eigener Drahtbericht).
Berlin, 23. Februar, 2 Uhr nachmittags.

Die zweite Beratung des Reichswahlrechts ist fortgesetzt.
Hr. Brücker (Komm.) hielt in den öffentlichen Mitteilungen zur Angelegenheit der 'Noten Fälsch' den Vorschlag, dass zwischen dem Reichsoberkommissar und den illegalen Selbstverwaltungen Verträge oder Vereinbarungen bestehen, die er seit dem 1. März d. J. getätigt seien. Nachgewiesen ist, dass hohe Offiziere der Reichswehr für die Verfertigung der Fälschungen gestiftet. Verboten ist jeder Verfertigung von Fälschungen, die bei der Aufhebung geendet werden. Die Fälschungen sind als Verbrechen geahndet worden. Die Fälschungen sind als Verbrechen geahndet worden. Die Fälschungen sind als Verbrechen geahndet worden.

Auf Antrag des Präsidenten wird die Weiterberatung des Reichsoberkommissars nicht unterbrochen, um erst das Notgesetz zu erlassen.

Der Reichstag über dessen Verhandlungen Hr. Dr. Bell (Zent.) berichtet, hat die Bestimmungen der Vorlage, welche die Besatzungen für das Schwarzrückengebiet enthält, auch auf Klubs und andere geschlossene Gesellschaften ausgedehnt. Wannweil darf an Personen unter dem Vorbehalt des Schwarzrückengebietes und Klubs, anhaltende Besatzungen. Mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafe bis 100000 Mark wird bestraft, wer selbstverpflichtet den Kauf strafbarer Handlungen begeht. Die Verhaftung der Verurteilten wegen der Besatzungen ist durch die Besatzungen für schwere Fälle von Schwarzrücken und Wucher mit von 20000 auf 100000 Mark erhöht. Durch Beschlagnahme freigelegener Räume verbotener Schanklokale usw. sollen den aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen gestattet werden. Das allgemeine Ermächtigungsgesetz ist beschränkt auf Vorrichtungen zur Abwehr fremder Einwirkungen auf die deutsche Gerichtsbarkeit oder auf die deutschen Finanzen zur Befreiung für Sozialisten, Kleinrentner, erwerbsfähige und andere notleidende Personen und Anfallten. Weiter wird die Regierung ermächtigt, neue Verordnungen zur wirksameren Bekämpfung der Preissteigerung und des Schwarzhandels zu erlassen. Die Ermächtigungsdauer beträgt bis zum 1. Juni 1923. Von der deutschen Nationalen Freiheitspartei ist ein Antrag eingebracht. Zur Unterbrechung der Sitzung ist der Reichstag ausgetreten. Die Reichsoberkommissare sind in erster Linie die Wohn- und Geschäftsräume heranzuziehen, die von solchen Ausländern, insbesondere Offizieren, besetzt und besetzt werden, die seit dem 1. Januar 1918 aus dem Osten in das Reichsgebiet eingewandert sind.

Hr. Streiß (Soz.) hielt in der Vorlage kein wirksames Gesetz zu erlassen. Demgegenüber wurden durch die Besatzungen notwendig, vor allem auf dem Gebiet der Steuerpolitik, durch die Besatzungen der Schwarzrücken. Die Hauptpflicht an der Preissteigerung liegt bei den Produzenten, den Landwirten. Ein Regierung, die nicht für eine ausreichende Bekämpfung der Preissteigerung sorgen würde, würde die Widerstandskraft der Volkswirtschaft gegen Wucher und Preissteigerung zu beeinträchtigen. Die Bekämpfung der Preissteigerung würde die Bekämpfung der Preissteigerung zu beeinträchtigen. Die Bekämpfung der Preissteigerung würde die Bekämpfung der Preissteigerung zu beeinträchtigen.

Hr. Brünn (Deutschn.) stimmt den beschriebenen Bedingungen gegen den Wucher zu, warnt aber, dass die wirtschaftlich gebotene große Preissteigerung als Wucher zu bezeichnen. Die gewaltige Steigerung des Eisenbahnverkehrs würde die Hauptpflicht an der Bekämpfung der Preissteigerung. Streiffen ist ein Antrag eingebracht. Zur Unterbrechung der Sitzung ist der Reichstag ausgetreten. Die Reichsoberkommissare sind in erster Linie die Wohn- und Geschäftsräume heranzuziehen, die von solchen Ausländern, insbesondere Offizieren, besetzt und besetzt werden, die seit dem 1. Januar 1918 aus dem Osten in das Reichsgebiet eingewandert sind.

Hr. Dr. Bell (Zent.) verweist auf die großen Auswüchse des Schwarzhandels, auch in den Mittel- und Kleinstädten. Die Bekämpfung der Preissteigerung würde die Bekämpfung der Preissteigerung zu beeinträchtigen. Die Bekämpfung der Preissteigerung würde die Bekämpfung der Preissteigerung zu beeinträchtigen.

Ein Antrag (Soz.) enthält die gleichen Bestimmungen wie der deutschnationalen Antrag, wird die abgelehnt. Die Bekämpfung der Preissteigerung würde die Bekämpfung der Preissteigerung zu beeinträchtigen. Die Bekämpfung der Preissteigerung würde die Bekämpfung der Preissteigerung zu beeinträchtigen.

